



**Stellungnahme zu den Auswirkungen
des Vorhabens der
Diemelwind Marsberg GmbH & Co. KG
auf angrenzende Wohnbebauung /
optisch bedrängende Wirkung**

zum Antrag auf Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb einer
Windkraftanlage des Typs Vestas V162 mit einer Nabenhöhe
von 119 m und einer Gesamthöhe von 200 m
im Bereich Marsberg-Niedermarsberg

Antragsteller und Bauherr

Diemelwind Marsberg GmbH & Co. KG
Vattmannstr. 3
33100 Paderborn

Auftragnehmer

Anwaltskanzlei Dr. Welsing
Schwarzenberger Str. 59, 33178 Borcheln
Email: kanzlei-welsing@web.de

**Stellungnahme zu den Auswirkungen
des Vorhabens der Diemelwind Marsberg GmbH & Co. KG
auf angrenzende Wohnbebauung /
optisch bedrängenden Wirkung.**

zum Antrag auf Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb einer
Windkraftanlage des Typs Vestas V162 mit einer Nabenhöhe
von 119 m und einer Gesamthöhe von 200 m
im Bereich Marsberg-Niedermarsberg

Bauherren / Antragsteller:

Diemelwind Marsberg GmbH & Co. KG
Vattmannstr. 3
33100 Paderborn

Auftragnehmer:

Anwaltskanzlei Dr. Welsing
Dr. iur. Marcel Welsing
Lehrbeauftragter der Universität Bielefeld
Schwarzenberger Str. 59, 33178 Borcheln
Email: kanzlei-welsing@web.de

Inhaltsverzeichnis

1.	Aufgabenstellung, Standortbeschreibung, rechtlicher Rahmen	4
2.	Methodik zur Bewertung der optisch bedrängenden Wirkung	8
3.	Entfernungsangaben, betroffenes Wohnobjekt, Beschreibung	9
4.	Windrichtung/Rotorstellung	14
5.	Fazit der Untersuchung	16

Abbildungsverzeichnis / Tabelle

Abbildung 1	Geplanter Standort nach Verschiebung	4
Abb. 2 a-c	Hofstelle / Wohnhaus	11
Abb. 3	Sichtachse Wohnhaus zur WEA	13
Abb. 4	Rotorstellung in Bezug auf Sichtachsen	15
Tabelle 1	Windverteilung am Vorhabenstandort	14

1. Aufgabenstellung, Standortbeschreibung und rechtlicher Rahmen

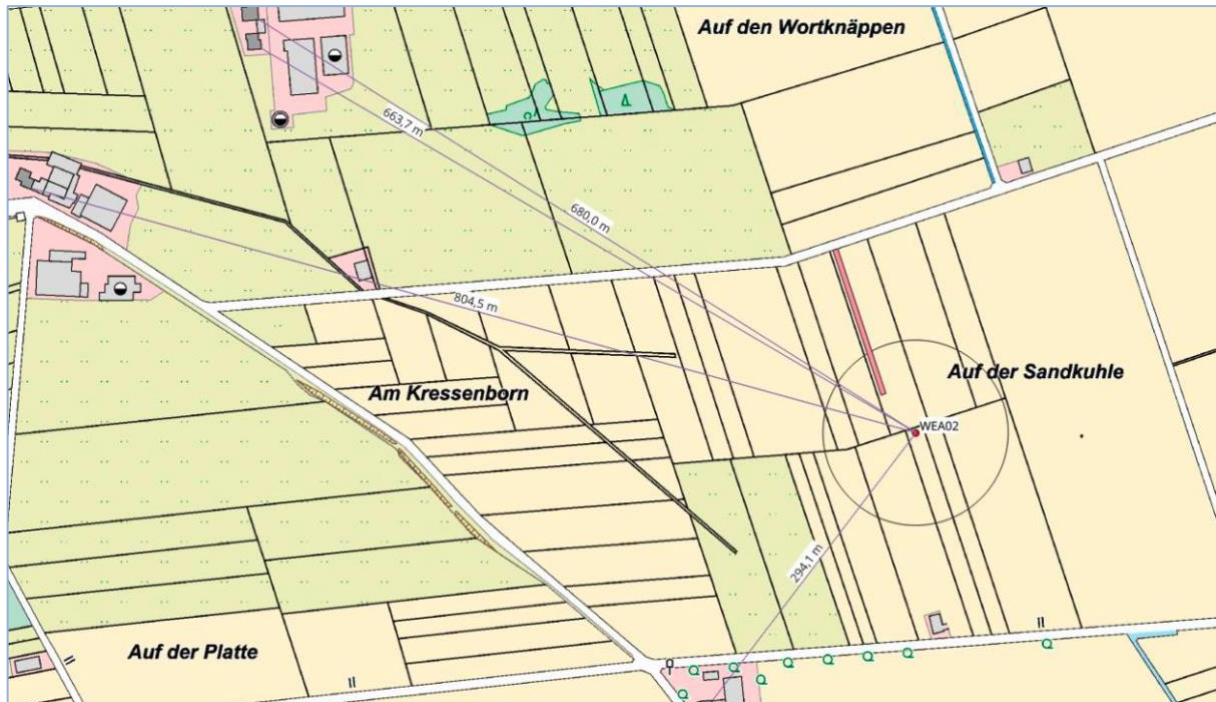


Abb. 1: Geplanter Standort nach Verschiebung (Quelle: Tim Online 2.0, NRW).

Die Diemelwind Marsberg GmbH & Co. KG, Vattmannstr. 3, 33100 Paderborn plant die Errichtung und den Betrieb einer Windenergieanlage (WEA) des Herstellers Vestas, Typ V162 mit einer Nabenhöhe von 119 m, einem Rotordurchmesser von 162 m und einer Gesamthöhe von 200 m.

Das Projekt wurde ursprünglich unter dem Az. 42.40074-2024-04 vom Hochsauerlandkreis genehmigt und soll nun leicht verschoben werden.

Der genehmigte Standort fand sich auf den Koordinaten
UTM 32: E 492530 N 5700590.

Der nun geplante Standort findet sich auf den Koordinaten
Koordinate UTM 32: E 492373 N 5700604.

War der ursprüngliche Standort hinsichtlich etwaiger optischer Auswirkungen des Vorhabens außerhalb der maßgeblichen Abstandserfordernisse (bei einer Windkraftanlage außerhalb ihrer zweifachen Gesamthöhe, also hier über 400m) in Bezug auf umgebende Wohnbebauung, so ist durch die geplante Standortverschiebung ein

Wohnhaus am Eilhäuser Weg Nr. 41 nunmehr unterhalb dieser maßgeblichen Schwelle (vgl. Abb. 1).

Das Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) bestimmt in § 5 Abs. 1, dass genehmigungsbedürftige Anlagen (und somit auch Windenergieanlagen) so zu errichten und zu betreiben sind, dass keine schädlichen Umwelteinwirkungen, sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile oder Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft hervorgerufen werden können.

Windenergieanlagen können solche nachteiligen Auswirkungen auf benachbarte Wohngebäude entfalten und eine sog. optisch bedrängende Wirkung auslösen, was im Einzelfall nach den örtlichen Gegebenheiten zu beurteilen ist.

Zwar muss im Außenbereich grundsätzlich mit der Errichtung privilegierter Vorhaben wie einer Windenergieanlage und ihren Begleiterscheinungen (Schall, Schattenwurf etc.) gerechnet werden, jedoch muss nicht hingenommen werden, dass eine solche Anlage so nah an ein Wohngebäude heranrückt, dass es zu einer optisch bedrängenden Wirkung kommt.

Optisch bedrängend kann eine Windenergieanlage (allein oder im Verbund mit anderen) indes nur sein, sofern sie „erdrückend“ wirkt, das Nachbargrundstück demnach regelrecht „abgeriegelt“ und „eingemauert“ wirkt – unter Berücksichtigung von Windenergieanlagen innewohnenden Spezifika wie dem Dreh- bzw. „Unruhemoment“ des Rotors (vgl. OVG Niedersachsen, Beschluss vom 04. April 2005, Az. 1 LA 76/04).

Die Beurteilung dieser Frage erfolgt im Rahmen der Würdigung der konkreten Einzelfallumstände.

Maßgebliche Kriterien, ob ein solcher Verstoß gegen das in § 35 Abs. 3 S. 1 BauGB und immissionsschutzrechtlich normierte, drittschützende nachbarschaftliche Rücksichtnahmegebot vorliegt, sind nach einschlägiger Rechtsprechung vor allem die Gesamthöhe der Anlage, die rotorüberstrichene Fläche und die Rotorstellung (in Bezug zur Hauptwindrichtung) zum Wohnhaus sowie die Entfernung zu den zu untersuchenden Wohngebäuden, deren etwaige Außenbereichslage inklusive bestehender Vorbelastung

des Areals durch Windkraftanlagen, deren Innenraumaufteilung resp. -nutzung und die Sichtbeziehungen (Hauptblickrichtung oder seitwärts befindlich) – unter Berücksichtigung von den dem Betroffenen zumutbaren, architektonisch abschirmend-schützenden Maßnahmen, die diese zu treffen haben, da die Wohnbebauung im Gegensatz zur gem. § 35 Abs. 1 BauGB privilegierten Windenergieanlage außenbereichsfremd sei (vgl. beispielhaft zu den Kriterien nur OVG NRW, B. v. 13.09.2017, Az. 8 B 1373/16).

Nach gängiger Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts NRW (OVG; s. nur Urteil vom 09. August 2006 - Az. 8A 3726/05, bestätigt durch BVerwG, Beschluss vom 11. Dezember 2006 Az. 4B 72.06; Beschluss vom 24. Juni 2010, Az. 8A 2764/09; Beschluss vom 08. Juli 2014, Az. 8 B 1230/13; Beschluss vom 27. Juli 2015, Az. B 390/15) **galt bislang** (nicht isoliert, sondern unter Berücksichtigung vorgenannter Kriterien), dass

- falls der Abstand zwischen einem Wohnhaus und einer WEA mindestens das Dreifache der Gesamthöhe (Nabenhöhe + $\frac{1}{2}$ Rotordurchmesser), die Einzelfallprüfung zu dem Ergebnis gelangen dürfte, dass von dieser WEA keine optisch bedrängende Wirkung zu Lasten der Wohnnutzung ausging, da bei einem solchen Abstand die Baukörperwirkung und die Rotorbewegung der WEA so weit in den Hintergrund treten, dass ihr in der Regel keine beherrschende Dominanz und damit keine optisch bedrängende Wirkung zukam;
- falls der Abstand geringer als das Zweifache der Gesamthöhe der Anlage ausfällt, die WEA eine dominante und optisch bedrängende Wirkung entfaltet, da das Wohnhaus dann von der WEA optisch überlagert und vereinnahmt werden dürfte, resp. die WEA durch den verkürzten Abstand auf das Wohnhaus und den damit vergrößerten Betrachtungswinkel derart unausweichlich im Sichtfeld positioniert wäre, dass die Wohnnutzung in unzumutbarer Weise beeinträchtigt wäre;
- falls der Abstand zwischen dem Zwei- und Dreifachen der Gesamthöhe beträgt, eine Einzelfallprüfung erfolgen musste.

Mit dem „Gesetz zur sofortigen Verbesserung der Rahmenbedingungen für die erneuerbaren Energien im Städtebaurecht“ (BGBl. 2023 I Nr. 6 vom 11.01.2023) hat der Bundesgesetzgeber zur Beschleunigung und zur Flächenpotenzialhebung des Windkraftausbaus festgelegt, dass § 249 BauGB einen neuen Abs. 10 erhalten wird.

Nunmehr gilt, dass der öffentliche Belang der optisch bedrängenden Wirkung einem Vorhaben (...) der Nutzung der Windenergie in der Regel nicht entgegensteht, wenn der Abstand von der Mitte des Mastfußes der Windenergieanlage bis zu einer zulässigen baulichen Nutzung zu Wohnzwecken mindestens der zweifachen Höhe der Windenergieanlage entspricht (Nabenhöhe zzgl. Rotorradius).

Dieser neuen Rechtslage ist mittlerweile auch das OVG NRW in seinen aktuellen Urteilen gefolgt.

Demnach verschiebt sich die Einzelfallprüfung dahingehend, dass bei einem Abstand von mehr als der zweifachen Gesamthöhe nur eine Ausnahmeprüfung stattfindet, um atypische oder besonders schwerwiegende Konstellationen zu beurteilen.

Ferner verschieben sich die sonstigen Beurteilungsmaßstäbe dahingehend, dass auch der Schwellenwert der zweifachen Gesamthöhe bei seiner Unterschreitung nicht mehr als regelmäßiger Ausnahmetatbestand zu begreifen, sondern ebenfalls einer Einzelfalluntersuchung zuzuführen ist.

Insofern sind auch Abstände unterhalb der zweifachen Gesamthöhe zulässig, sofern hierdurch keine unzumutbare (bzw. nicht durch Selbsthilfemaßnahmen zu mindernde) optische Bedrängungswirkung entsteht.

2. Methodik zur Bewertung der optisch bedrängenden Wirkung

Entsprechend des aus dem Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Münster (Az: 8A 3726/05) abgeleiteten Ansatzes sind u.a. folgende Kriterien im Rahmen einer vertiefenden Einzelfallprüfung zu beachten, die nötigenfalls allesamt herangezogen werden können, falls sich nicht im Laufe der Untersuchung bereits aus den bis dahin geprüften Punkten eine Nichtbetroffenheit ergibt:

Abstände zwischen der Wohnbebauung und der geplanten
Windenergieanlage; mögliche Außenbereichslage des Grundstücks;

Vorbelastung des Areals;

Nabenhöhe und Rotordurchmesser der geplanten
Windenergieanlage;

Lage von Wohnräumen und die individuelle Nutzungshäufigkeit durch die
Bewohner;

sichtverschattende Elemente und Möglichkeiten der Selbsthilfe.

3. Entfernungsangaben / Betroffenes Wohnobjekt, Beschreibung

Entsprechend der Vorgaben des § 249 Abs. 10 BauGB und der Gesamthöhe der Windkraftanlage Vestas V162 mit 119 m Nabenhöhe von 200 m ist folglich bei einem **Abstand von mindestens 400 m** zu einem Gebäude mit zulässiger baulicher Nutzung im Regelfall von keiner optisch bedrängenden Wirkung auszugehen. Sofern der Abstand von 400 m unterschritten wird, ist eine Einzelfallprüfung vorzunehmen.

Dieser Regelsatz wie auch die Formel galten in der Rechtsprechung auch bei neueren, moderneren und ggf. höheren Windenergieanlagen (vgl. OVG NRW, B. v. 26.07.2017 – Az.: 8 B 396/17); da der § 249 Abs. 10 BauGB erst unlängst eingeführt wurde, sind von seiner Regelung entsprechend auch neue, moderne Windkraftanlagen umfasst.

Aus der Abb. 1 ergibt sich, dass sich im maßgeblichen Umfeld der zweifachen Gesamthöhe der geplanten Windkraftanlage eine Hofstelle mit zugehörigem Wohngebäudebereich befindet („Eilhäuser Weg Nr. 41“).

Diese befindet sich in einem Abstand von rund 294 m, was einer Abstandsrelation der rund 1,5-fachen Gesamthöhe der vom Wohnhaus aus in nordöstlicher Richtung geplanten Windkraftanlage entspricht und daher die Schwelle der zweifachen Gesamthöhe unterschritten wird.

Das Merkmal der zweifachen Gesamthöhe als im Regelfall unbedenklicher Abstand ist dabei jedoch allgemein formuliert und bezieht sich nicht nur auf Wohnungen im Außenbereich oder in Gewerbegebieten, sondern auch auf das Innenbereichswohnen, auf Wohnen an Ortsrandlagen usw. – also Wohnformen, die nicht als Ausnahmetatbestand zu begreifen, sondern als „normale Wohnform“ gelten und folglich gegenüber solchen Außenbereichswohnlagen mit einem höheren oder sensibleren Schutzniveau versehen sind.

Von diesen „klassischen Innenbereichs- bzw. Ortsrandlagen – Wohnhäuser“ geht folglich der Grundfall der Schutzbeurteilung aus, sodass bei Wohnobjekten mit niedrigerem Schutzanspruch (wie Außenbereichs- und / oder Betriebsleiterwohnungen) im „rechtlichen Koordinatensystem“ entsprechende Beurteilungsableitungen zu ziehen und Anforderungen im gewissen Umfang zu senken sind.

Eine etwaige optische Beeinträchtigung ist überdies in einem solchen Rahmen zu beurteilen, inwiefern eine übliche Nutzung der Wohnräume vorliegt, mithin eine natürliche, übliche Positionierung eines Betrachters (in der Regel „mittig vor dem Fenster stehend mit Sicht geradeaus“) erfolgt.

Ferner sind solche Abstandsanforderungen auch in dem Lichte zu betrachten, dass es sich im vorliegenden Falle um ein Außenbereichswohnen (ggf. Betriebsleiterwohnen) handelt, dem im Grunde ein Mehr an Beeinträchtigung zuzumuten ist (insbesondere durch Einflüsse durch privilegierte Vorhaben, die typischerweise nur im Außenbereich zulässig sind). Ausgangspunkt der Bewertung ist auch hier der zweifache Gesamthöhenabstand zur geplanten Windkraftanlage.

Die Hofanlage ist so gestaltet, dass sich im östlichen Bereich ein großer und hoher Funktionsbau befindet, an welchen sich südwestlich ein weiterer schmaler Funktionsbau anschließt, an den das Wohnhaus angebaut ist.

Freisitz- und Gartenbereiche orientieren sich nach Süden und ermöglichen keine Sicht in Richtung der geplanten Windkraftanlage (insbesondere, da die Gebäude eine Fernsicht unterbinden).

Diese Anordnung der Gebäude bringt es mit sich, dass das Wohnhaus im östlichen Bereich der Hofstelle gelegen ist, wohingegen der nun geplante Windkraftanlagenstandort nordöstlich liegt.

Somit müsste ein im Wohnhaus befindlicher Betrachter seinen Blick stark nach rechts wenden, um überhaupt zur geplanten Windkraftanlage schauen zu können.

Dies entspräche aber nicht mehr einer üblichen resp. „normalen“ (und iRe. Schutzzwecks zu berücksichtigenden) Nutzung des Fensterbereichs, sondern einer schon mutwillig anmutenden Sichtaufnahme. Auch wäre wohl ein Hinauslehnen aus dem Fenster erforderlich, was ebenfalls nicht vom Schutzzweck der optisch bedrängenden Wirkung umfasst wäre.

Es zeigt sich ferner (vgl. Abb. 2a, Darstellung bzw. Ableitung aus Tim Online 2.0 NRW, „Digitaler Zwilling“ 3D), dass aufgrund der baulichen Situation und hier insbesondere aufgrund des direkten Übergangs der Funktionsgebäude zum Wohnhaus keine Fenster

auf der gen Osten weisenden Seite des Wohnhauses vorhanden sind, aus denen eine Sicht zum geplanten Windkraftanlagenstandort möglich wäre.

Auf der nördlichen Dachfläche sind ebenfalls keine Fenster verbaut, sodass auch hier keine Sichtachse hergestellt werden kann.

Auch die obere Etage der gen Norden zeigenden Hausfront weist keine Fenster auf; diese finden sich lediglich im Erdgeschoss.

Der Blick gen Nordost wird jedoch durch das große Funktionsgebäude („Scheune“) vollständig verhindert, was schon durch den Sichtachsenverlauf (vgl. Abb. 3) deutlich wird.

Hinzu kommt der Umstand, dass die gesamte Hofstelle von einem dichten, hohen und großkronigen Baumbestand umgeben ist (vgl. Abb. 2 b, c), der überdies eine Fernsicht verhindert und die Hofstelle optisch nahezu „abkapselt“.





Abb. 2 a-c: Hofstelle/Wohnhaus (Quelle: Tim Online 2.0, NRW).



Abb. 3: Sichtachse Wohnhaus zur WEA (Quelle: Tim Online 2.0, NRW).

Es lässt sich folglich festhalten, dass die Bewohner des Wohnhauses die Windkraftanlage optisch nicht wahrnehmen werden, somit nach jetzigem Stand nicht einmal sog. Selbsthilfemaßnahmen – die gerade hinsichtlich einer Außenbereichswohnlage grundsätzlich zumutbar wären, bspw. das Anbringen von Gardinen im Seitenbereich von Fenstern (was hier als niederschwellige Maßnahme schon Wirkung entfalten würde) – erforderlich sind.

Die Bewohner des Wohnhauses erklären sich ferner mit den Planungen als einverstanden, da sie in das Windkraftprojekt einbezogen sind und dieses ausdrücklich befürworten.

4. Windrichtung / Rotorstellung

Vor dem Hintergrund des bereits zitierten Urteils des OVG NRW ist zu prüfen, von welcher Bedeutung die in der Höhe wahrzunehmende Drehbewegung des Rotors auf die optisch bedrängende Wirkung der geplanten Windenergieanlage ist.

Daraus ist abzuleiten, dass die häufigste Stellung des Rotors zu den betrachteten Wohnstellen in die Bewertung der optisch bedrängenden Wirkung einbezogen werden muss.

Dabei ist in Verbindung mit den vorherrschenden Windrichtungen festzustellen, ob die Bewohner meist auf die breite Seite des Rotors (90°), meist auf die schmale Seite des Rotors (0°) oder meist auf eine Zwischenstellung (45° bzw. ca. 25° bis 70°) blicken.

Die Daten zur Windverteilung wurden der Weibull-Verteilung des für das Vorhaben angefertigten Turbulenzgutachtens (Gutachter I17, Husum) entnommen und sind in Tabelle 1 dargestellt.

Tab. 1: Windverteilung am Vorhabenstandort (Quelle: Turbulenz-Gutachten I17).

UTM WGS84 Zone 32			A [m/s]	k [-]	p [%]	v _{ave} [m/s]
X [m]	Y [m]	h _{wv} [m]				
491859	5701710	166.0				
Sektor Windrichtung [°]						
N 0			4.99	1.98	2.9	---
NNO 30			5.12	2.15	3.0	---
ONO 60			5.27	2.28	4.2	---
O 90			5.57	2.33	6.7	---
OSO 120			5.38	2.46	6.9	---
SSO 150			5.66	2.36	6.5	---
S 180			7.33	2.40	10.0	---
SSW 210			8.78	2.65	12.2	---
WSW 240			8.47	2.60	13.6	---
W 270			8.36	2.36	16.4	---
WNW 300			7.48	2.28	11.9	---
NNW 330			6.10	2.15	5.7	---
Gesamt			7.21	2.16	100.0	6.39

Die häufigsten am Standort vorherrschenden Rotorstellungen liegen zwischen 180° und 300°, sodass gewichtet von einer Hauptwindrichtung von 240° („Südwest/SW bis West-Südwest/WSW“) ausgegangen werden kann.

Entsprechend bedeutet das eine Stellung der Rotorblätter der projektierten WEA ca. in Richtung 150° bzw. 330°.

Die Sicht aus dem Wohnhaus Eilhäuser Weg Nr. 41 geschieht somit in den meisten Fällen in einem Winkel von rund 65-70°, sodass eine Zwischenstellung des Rotors / der Gondel mit seitlicher Drehung zu sehen sein wird.

Die Ausdehnung des Rotors mitsamt dem Unruhemoment seiner Drehbewegung ist somit nur eingeschränkt wahrnehmbar, sodass die etwaige Störwirkung des Rotors in der Landschaft bzw. auf den Betrachter aus dem Wohnhaus heraus eingeschränkt bzw. minimiert ist (sofern er eingedenk der gegebenen Sichtbeziehungen aus dem Wohnhaus heraus überhaupt in den Blick fällt).



Abb. 4: Rotorstellung in Bezug auf Sichtachse (Quelle: Tim Online 2.0, NRW).

5. Fazit der Untersuchung

Die Diemelwind Marsberg GmbH & Co. KG plant im Bereich Marsberg-Niedermarsberg die Errichtung einer Windkraftanlage des Typs Vestas V162 mit einer Gesamthöhe von 200 m. Diese tangiert im Umfeld ihrer zweifachen Gesamthöhe eine Hofstelle mit einem Wohnhaus (Eilhäuser Weg Nr. 1). Es handelt sich dabei um eine Standortverschiebung eines unweit genehmigten Standorts.

Dieses Wohnhaus befindet sich in einem Abstand von rund 294 m zur geplanten Windkraftanlage, was einem Abstand der 1,5-fachen Gesamthöhe der geplanten Windkraftanlage entspricht.

Die Lage und Ausrichtung des Wohnhauses führt in Bezug zum geplanten Windkraftanlagenstandort dazu, dass aufgrund der Anordnung der Gebäude der Hofstelle keine Sichtbeziehung zur geplanten Windkraftanlage hergestellt werden kann, da insbesondere die Funktionsgebäude eine Sicht versperren. Zwar sind Sichtbeziehungen aus Fensterbereichen denkbar, wobei sich ein Betrachter aber nahezu aus den Fenstern lehnen müsste, was einer mutwilligen (und daher nicht geschützten) Sichtaufnahme entspräche.

Garten- und Freisitzbereiche orientieren sich nach Süden und eröffnen keine Sichtmöglichkeit zur geplanten Windkraftanlage.

Hinzu kommt, dass die Hofstelle von einem hohen und großkronigen Baumbestand umgeben ist, der eine Fernsicht zusätzlich erschwert.

Die am Standort herrschenden Windbedingungen sorgen überdies dafür, dass der Rotor (und damit das Unruhemoment seiner Drehung) in den meisten Fällen nicht im vollen Ausmaß zu erblicken sein wird, sondern eine Zwischenstellung mit seitlich weggedrehtem Rotor ersichtlich ist. Die optische Wirkung der Windkraftanlage wird folglich nochmals gemildert.

Das OVG NRW weist in seinen einschlägigen Urteilen darauf hin, dass derjenige, der im Außenbereich wohnt, grundsätzlich mit der Errichtung von in diesem Bereich privilegierten Windkraftanlagen, auch mehrerer, und ihren optischen Auswirkungen rechnen muss. Der Gesetzgeber hat die hinzunehmenden Einschränkungen durch die Baugesetznovelle nochmals deutlich abgesenkt und damit auch die Koordinaten der Einzelfalls-Beurteilung einer optisch bedrängenden Wirkung verschoben.

Dies bedeutet zwar nicht, dass der Schutzanspruch des Betroffenen entfällt, ihm aber eher Maßnahmen zumutbar sind, durch die er den Wirkungen der Windkraftanlage ausweicht oder sich vor ihnen schützt (vgl. OVG NRW 06.08.2002 – 10 B 939/02).

In der Rechtsprechung und Genehmigungspraxis sind sog. Selbsthilfemaßnahmen anerkannt, die der Bewohner eines Wohngebäudes ergreifen kann, um verbleibende optische Auswirkungen einer Windkraftanlage zu unterbinden. So können bereits niederschwellige Maßnahmen (wie das Anbringen von Gardinen oder Plissees) entsprechende Abhilfe verschaffen. Diese gelten insbesondere vor dem Hintergrund der herausgehobenen Stellung der Erneuerbaren Energien und damit der Windkraftanlagen (vgl. die Regelungen aus § 2 EEG) als geeignet und zumutbar – insbesondere, da Gerichte in anderen Sachverhalten schon tiefgreifendere Maßnahmen wie Ummöblierungen in Räumen bis hin zur Verlegung von Raumnutzungen vorgesehen haben.

Im vorliegenden Falle sind solche niederschweligen Selbsthilfemaßnahmen – wie bspw. das Anbringen seitlicher Gardinen in den betroffenen Fenstern – nicht erforderlich, da nicht von einer optischen Auswirkung der geplanten Windkraftanlage auf das Wohnhaus auszugehen ist.

Als Ergebnis lässt sich somit festhalten:

Eine optisch bedrängende Wirkung der geplanten Windkraftanlage auf umgebende Wohnbebauung im Außenbereich ist im vorliegenden Fall aufgrund der Einzelfallprüfung anhand der vorstehenden Kriterien als nicht gegeben einzustufen.

Das Gebot der Rücksichtnahme nach § 35 Abs. 3 Satz 1 BauGB wird folglich durch die Errichtung der WEA nicht verletzt.

Borchen, im November 2025

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'M' followed by a horizontal line and a small upward stroke.

Dr. Marcel Welsing